

Pränumerations-Preise:

Für Laibach:

Ganzjährig . . . 8 fl. 40 fr.
Halbjährig . . . 4 " 20 "
Vierteljährig . . . 2 " 10 "
Monatlich . . . — " 70 "

Mit der Post:

Ganzjährig 12 fl.
Halbjährig 6 "
Vierteljährig 3 "

Für Zustellung ins Haus
textelj. 25 fr., monatl. 9 fr.

Einzelne Nummern 6 kr.

Laibacher

Tagblatt.

Redaction

Bahnhofgasse Nr. 15.

Expeditions- & Inseraten-
Bureau:

Congressplatz Nr. 2 (Buch-
handlung von Jg. v. Klein-
mayr & Fed. Hamburg.)

Inserationspreise:

Für die einspaltige Petitzeile
à 4 kr., bei wiederholter Ein-
schaltung à 3 kr.
Anzeigen bis 5 Zeilen 20 kr.

Bei größeren Inseraten und
früherer Einschaltung entspre-
chender Rabatt.
Für complicirten Satz beson-
dere Vergütung.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 233.

Mittwoch, 11. Oktober 1876. — Morgen: Maximilian.

9. Jahrgang.

Die abgelauene und die bevorstehende Reichsraths-session.

(Rede des Abg. Schaffr in der 61. Versammlung des constitutionellen Vereines.)

(Schluß.)

Obwol im strengen Sinne nicht einmal zum Ausgleich gehörig, sind doch die in der Bankfrage zwischen beiden Regierungen getroffenen Vereinbarungen im Grunde die wichtigsten und weittragendsten — und fügen wir gleich bei: die für Oesterreich ungünstigsten und unannehmbaren.

Die äußersten Grundzüge für die geplante künftige Gestaltung des Bankwesens wurden oben an der Hand der officiellen Publication angedeutet. Man muß zugeben, die ausgedachten Einrichtungen sind zwar neu, aber etwas complicirt, originell, aber für eine praktische Ausführung kaum verständlich. Gemeinlichkeit und Selbständigkeit der Bankorganisation, Einheit und Zweitheilung des Bankwesens sollen mit einander vereinbart werden. Wer vermöchte ein solches, noch nie und nirgends gemachtes Experiment zu wagen und unser gesamtes Geld- und Creditwesen den Gefahren eines solchen Versuches auszusetzen?

Die beiden Bankanstalten in Wien und Pest sollen nahezu völlig selbständig sein und dem gemeinsamen Aufsichtsrathe nur das zufallen, was notwendig aus der angenommenen Einheit der Note und Bedeckung folgt. Was bedeutet aber diese Einheit noch bei den völlig getrennten und mit den weitesten Attributen ausgestatteten zwei Bankanstalten? Was für ein Wirkungskreis wird diesem gemeinsamen Organe dann erübrigen? Dabei soll es obendrein paritätisch zusammengesetzt sein, also der Dualismus nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft eingeführt werden; das heißt nach aller Wahrscheinlichkeit und nach allen Erfahrungen: in diesem Centralorgan würde gleichfalls der ungarische Einfluß dominieren.

Die statutenmäßige Notenmenge soll mit 70 Prozent zur unbedingten Verfügung der Anstalt in Wien, mit 30 Prozent der in Pest sein. Geht es überhaupt an, die Bedürfnisse des Credits und der Geldmacht im voraus nach einer bestimmten Quote zu theilen, kann hier nicht allein der wirkliche Bedarf, die niemals vorherzusehende Entwicklung der Dinge entscheiden? Sicher aber ist, daß die für Ungarn reservierte Quote nach Maßgabe der wirtschaftlichen Kraft beider Länder zu hoch gegriffen erscheint, daß mit einer solchen über das Bedürfnis gehenden Zuteilung für Ungarn nur ein Anlaß zu einer überspannten und gewagten Creditwirtschaft geboten wäre, für deren etwaigen unglücklichen Resultate wir mithaftbar wären. Das ganz entschiedene Uebergewicht Oesterreichs auf wirtschaftlichem Gebiete ist aber durchaus nicht berücksichtigt, ja die Dinge wären nach den getroffenen

Abmachungen gerade in unnatürlicher Weise umgekehrt und das Ganze eine höchst unglückliche Verquickung unseres Geld- und Creditwesens mit dem Ungarns, das uns kaum einen Vortheil, wol aber Gefahren in Menge brächte.

Berücksichtigen wir noch die in Aussicht genommene Theilung des Barschatzes, dann den neuerdings beabsichtigten, nach unseren langjährigen Erfahrungen äußerst unglücklichen Regierungseinfluß auf die neue Bankgesellschaft, der hier sogar ein doppelter wäre, so sind dies weitere Momente, die gegen die in diesem Punkte gemachten Vereinbarungen einnehmen müssen.

Uebrigens waren die Umstände ja nicht so zwingender Natur, daß unsere Minister gerade hier die weitgehendste Nachgiebigkeit zeigen mußten. Ungarn mag sein Recht auf eine selbständige Bank haben, aber von da bis zum Inslebentreten einer solchen Bank ist noch ein weiter Weg. Das Ausland zeigte sich gegenüber allen verwandten ungarischen Aspirationen entschieden verschlossen, und der ungarische Ministerpräsident hat ja selbst angedeutet, daß ein sehr respectables Disagio vorläufig für jede ungarische Note ganz unvermeidlich wäre. Nach der ganzen Sachlage wäre ohne dem Zustandekommen einer Vereinbarung in der Bankfrage wol am ehesten die ungarische Regierung in Verlegenheit gerathen. Wolte man einwenden: ohne diesen Punkt wären auch die übrigen von Seite Ungarns nicht angenommen worden — nun, dann wäre damit der gesammte, für uns denn doch nicht gar so vortheilhafte Ausgleich zu theuer erkauft.

Alles in allem genommen, kommt man daher immer zu dem Resultate, daß die Abmachungen in der Bankfrage in ihrer vorliegenden Gestalt entschieden unacceptabel sind. Durch das noch nicht bekannte Detailprogramm müßten ganz wesentliche Veränderungen erzielt werden, was jedoch nicht zu erwarten steht, um hier noch eine discutierbare Basis zu schaffen.

Diese Auffassung ist ferner darum eine gerechtfertigte, als auch in einer weitem mit der Neuorganisation des Bankwesens, rücksichtlich dem Ausgleich zusammenhängenden Angelegenheit, der bekannten 80-Millionen-Schuld der von Ungarn eingenommene Standpunkt ein dem wahren Sachverhalte zuwiderlaufender und höchst unbilliger ist.

Mit der Erwähnung der 80-Millionen-Schuld, einer der mehreren beim 67er Ausgleich ungelöst gebliebenen Aufgaben, sind wir bei der zweiten der oberwähnten officiellen Kundgebungen über den Ausgleich, bei dem ganz kurzen Communiqué vom 25ten September d. J. angelangt.

Darin wurde zunächst mitgetheilt: die Vorlage der auf den Ausgleich bezüglichen Gesetze an beide Parlamente werde erst im Jänner 1877 erfolgen, weil es nur um die Zeit möglich sein werde, sämtliche Abmachungen unter einem zu unterbreiten.

Mit dieser Hinausschiebung kann man sich immerhin einverstanden erklären, da das Abgeordnetenhaus auf diese Weise einerseits einen vollständigen Einblick in die Gesamtheit der zu treffenden Vereinbarungen erhalten und die erforderliche Zeit finden wird, diese hochwichtige Angelegenheit mit der notwendigen Eindringlichkeit zu beraten. Die provisorische Kündigung des bestehenden Zoll- und Handelsbündnisses durch Ungarn für den Monat Dezember d. J. erscheint hiemit natürlich zurückgezogen.

In dem bezeichneten Communiqué wurde weiters bekanntgegeben, daß die Verhandlungen mit der Nationalbank über die neue Organisation sogleich beginnen werden. Wenn hiedurch die Nationalbank Gelegenheit bekommen soll, noch vor der gesetzlichen Vorlage der künftigen Bankgesetze sich über das Project zu äußern, so wird das nur von Vortheil sein, da vielleicht doch anzunehmen ist, daß die bisherigen Abmachungen beider Regierungen durch ein sachgemäßes Gutachten der Bank noch in einem für uns günstigeren Sinne abgeändert werden könnten. Ueber die 80-Millionen-Schuld endlich vermochten sich beide Regierungen nach der osterwähnten officiellen Kundgebung nicht zu einigen, beide beharrten auf ihrem Standpunkte, und die Sache soll nun durch specielle Parlamentsdeputationen, eventuell durch ein Schiedsgericht ausgetragen werden.

Nach einer Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten, der allerdings officiös widersprochen wurde, wäre die Frage der 80-Millionen-Schuld bei den Maiconferenzen beider Regierungen seitens der unsern gar nicht angeregt worden, ein Vorgehen, das, wenn es sich bewahrheitet, dem Ministerium entschieden zum Vorwurf gereichen würde. Wie dem aber auch sei: der österreichische Standpunkt bezüglich der 80-Millionen-Schuld ist klar und unverrückbar.

Diese Schuld datirt bekanntlich aus dem Jahre 1862, der Zeit, wo die gegenwärtige Bankacte geschaffen wurde; demals wurde aus der Gesamtschuld des Staates an die Bank per 221 Millionen ein permanentes Darlehen von 80 Mill. ausgeschieden, das anfangs unter gewissen Modalitäten zu verzinsen war, seit 1868 unverzinslich und Ende 1877 zugleich mit dem Erlöschen des jetzigen Bankprivilegiums, fällig ist.

Während nun in den Ausgleichsgesetzen von 1867 für alle verschiedenen Schuldförmern mit Ungarn eine Vereinbarung getroffen wurde, war von der Bankfrage überhaupt und von der 80-Millionen-Schuld keine Rede. Die Sache blieb eben ungelöst und einer weitem Abmachung vorbehalten. Diesen Standpunkt vertrat rückhaltlos gleich nach dem ersten Ausgleich, im Jahre 1868, der damalige Finanzminister Bressl, desgleichen das Abgeordnetenhaus selbst und ebenso unzweideutig der jetzige Finanzminister Baron Pretis bei einer bezüglichen Interpellation im Jahre 1872, wo er sagte: „Das rechtliche Verhältnis der Nationalbank zur Staatsgewalt

gründet sich auf das von Sr. Majestät am 27. Dezember 1862 mit der Gültigkeit für das ganze Reich functionierte Gesetz. Dieses Gesetz bildet die Grundlage für das Uebereinkommen mit der Nationalbank und für das Bankdarlehen von 80 Millionen Gulden, welches daher seinem Ursprunge nach gleichmäßig alle Theile des Reiches belastet."

Dies gilt auch insoferne, als diese Schuld eine Notenschuld war, wie ja auch die bezüglichen Noten thatsächlich ebenso in Ungarn wie in Oesterreich circulieren; und endlich noch deshalb, weil zur Zeit des Entstehens der Verpflichtung Oesterreich in seiner heutigen Gestalt gar nicht bestand, sondern Oesterreich und Ungarn noch ein ganz vereinigtcs Ländergebiet waren und nur letzteres Schuldner werden konnte.

Bei solchen Umständen kann es sich also für uns durchaus nicht darum handeln ob, sondern nur wieviel Ungarn bei Tilgung dieser Schuld mitzu zahlen hat.

Dieser klaren Sachlage gegenüber negiert Ungarn — ausdrücklich merkwürdigerweise zum erstenmale 1872, also fünf Jahre nach dem geschlossenen Ausgleich — seine Zahlungspflicht unter Berufung auf ein anlässlich des Ausgleichs 1867 angefertigtes Schuldenverzeichnis, in das auch die 80 Millionen-Schuld aufgenommen war. Dieses Verzeichnis sei der Berechnung der Pauschalsumme, welche Ungarn als jährlichen Beitrag zur Verzinsung der Staatsschuld zu zahlen sich verpflichtete, zugrunde gelegt worden, und dieses habe sich daher auch bezüglich der 80-Millionen-Schuld abgefunden und jeder weiteren Verpflichtung entledigt. Dieses famose Verzeichnis war aber nichts anderes, als eine von den Beamten, die den Ausgleichscommissionen beigegeben waren, angefertigte Uebersichtstabelle der verschiedenen Schuld Kategorien, ein bloßer Manipulationsbehelf, der nicht nur keinen gesetzlichen Charakter hatte, sondern den die Regierung in keiner Weise sanctionierte, von dem nicht einmal alle Mitglieder der Ausgleichsdeputation Kenntnis hatten. Und dadurch sollte so nebenher diese wichtige Frage ohne jede gesetzliche Form erledigt worden sein, Oesterreich seinen Anspruch verloren und Ungarn seine Pflicht erfüllt haben!

Und noch ein anderer Gesichtspunkt! Die Gläubigerin bei der 80-Millionen-Schuld ist ein auch in Ungarn anschießlich privilegiertes Bankinstitut, an dessen Schicksal und Gedeihen auch letzteres sehr großes Interesse hat, und dennoch sollte über eine Frage, die für dieses Institut so hochwichtig ist, im Jahre 1867, ohne daß die Bankfrage überhaupt aufs Tapet kam, so ganz en passant und im stillen entschieden worden sein. Dieser Umstand allein charakterisiert die Unwahrscheinlichkeit und Haltlosigkeit der ungarischen Auffassung in der bezeichnendsten Weise.

Die über die 80-Millionen-Schuld bestehende Differenz soll nun nach den Abmachungen beider Regierungen durch eigens zu diesem Zwecke gewählte Parlamentsdeputationen ausgeglichen, und gelänge dies nicht, einem Schiedsgerichte vorgelegt werden. Vorläufig ist leider wenig Hoffnung, daß die beiden Deputationen sich in ihren Anschauungen näher stehen werden, als bisher die Ministerien. Was aber das proponierte Schiedsgericht betrifft, so sprechen gegen dessen Einsetzung gewichtige Bedenken. Abgesehen davon, ob die Abtretung der Entscheidung an ein Schiedsgericht durch den Reichsrath eine Verfassungsänderung involvieren würde, ist es doch höchst bedenklich, zwischen Oesterreich und Ungarn über eine rein innere staatliche Angelegenheit eine internationale Instanz einzusetzen. Welche Wendung die Sache übrigens nehmen möge, Oesterreich ist hier in seinem guten Rechte und kann eine Lösung in einem ihm ungünstigen Sinne niemals zugeben.

Neben der 80-Millionen-Schuld wurden aber 1867 noch andere wichtige und schwierige Fragen unerledigt gelassen, die bei dem bevorstehenden zweiten Ausgleich sämmtlich und definitiv ausgetragen werden müssen, um endlich zwischen beiden Reichcn eine vollständig klare Stellung zu schaffen.

So liegen die Centralactiven seit 1867 noch immer ungetheilt, weil bisher noch kein beiden Theilen zusagender Theilungsmodus gefunden werden konnte und die Ungarn hier auf einmal von der Quote 30:70 nichts wissen und mit der Hälfte daran participieren wollen. Diese Activen betragen viele Millionen und bestehen größtentheils aus Eisenbahnpapieren, die vor Jahren, wäre die Sache entschieden gewesen, mit großem Nutzen veräußert werden können, während bei den jetzigen gesunkenen Coursen und um den Geldmarkt nicht noch mehr zu drücken, dies nicht möglich ist.

Auch bezüglich der schwebenden Schuld ist die Situation nicht geklärt. Nach außen haften dafür beide Staaten solidarisch, aber es ist nicht bestimmt, in welchem Verhältnisse eine Einlösung oder Consolidierung zu erfolgen hätte, und doch ist die Fixierung dieses Verhältnisses, schon um einer wann immer bevorstehenden Valutaregulierung willen, ungemein wichtig. Ist an letztere Maßregel höchst bedauerlicherweise vorläufig nicht zu denken, so wird sie doch hoffentlich innerhalb der zehn Jahre, für welche der neue Ausgleich gelten soll, an die Reihe kommen, und es ist daher unbedingt nothwendig, auch hierüber jetzt schon Klarheit zu schaffen.

Wenn ich nun schließlich ein Gesammturtheil über die bisher bekannten Ausgleichspunctationen abgeben soll, so kann dasselbe nach den vorangegangenen Erörterungen wol kein günstiges sein. Es wird deshalb einer mißtrauischen und eingehenden Prüfung bedürfen; insbesondere die neue Steuerrestitution muß die allerweitesten Bedenken erregen; die Abmachung in der Bankfrage in ihrer jetzigen Gestalt aber bleibt entschieden unannehmbar. Die erste Aufgabe des Abgeordneten wird sein, den abzuschließenden Ausgleich völlig objectiv, rein vom Standpunkte der österreichischen Interessen zu prüfen; ergäbe eine solche Prüfung die Nothwendigkeit der Ablehnung, dann darf an diesem Urtheile auch die Cabinetsfrage oder die Frage der Auflösung des Abgeordnetenhauses nichts ändern; mit einem Worte: wird der zu schließende Ausgleich als dem diesseitigen Reiche abträglich, als mit unerschwinglichen Lasten verbunden erkannt, so ist er abzulehnen, und keine Rücksicht irgend welcher Art kann daran etwas ändern.

Dies ist der Standpunkt, den ich in dieser so überaus wichtigen Angelegenheit einzunehmen gedenke, mehr oder bestimmteres aber läßt sich bei der heutigen unvollkommenen Kenntnis der Sache wol kaum sagen. (Beifall und Zustimmung.)

Bei dieser Auffassung des künftigen Ausgleichs muß man wol auch die Frage sich vorlegen, was im Falle einer Ablehnung zu geschehen habe? Personalunion! lautet ein neuestes Schlagwort. Nun, an und für sich ist durch Ablehnung des Ausgleichs von einer Personalunion noch keine Rede. Die wirtschaftliche Einigung mit Ungarn ist dadurch aufgehoben, die politische, wie sie 1867 festgestellt wurde, besteht aber trotzdem fort. Allerdings wäre die politische Verbindung neben einer gänzlichen wirtschaftlichen Trennung beider Reiche auf die Dauer kaum haltbar, und insoferne erscheint die Personalunion als etwas für die Zukunft allerdings mögliches. Wie es aber auch kommen möge, und abgesehen davon, wie sich Vortheile und Nachtheile einer Personalunion zu einander verhalten, so einfach und gleichsam von selber, wie dies von mancher Seite vorgestellt wird, würde es nicht abgehen, ja ohne bedeutende Verwicklungen würden wir wol schwerlich dahin gelangen.

Und so stellen sich die Dinge in der Zukunft nach jeder Richtung als schwierig und höchst verwickelt dar. Entscheidungen, die für das Schicksal der Bevölkerung und des Staates auf Jahre hinaus entscheidend sein werden, sind zu treffen, und mit einer Verantwortung ganz besonderer Art wird die Stellung eines Abgeordneten verbunden sein. Unter so bedeutsamen Verhältnissen können nur zwei Dinge dem Abgeordneten die Ausübung seiner schweren patriotischen Pflicht erleichtern: die Ueberzeugung, daß er das Vertrauen seiner Wähler be-

sitzt, und das Bewußtsein, sich bei seinen Reden und Abstimmungen — unabhängig nach jeder Richtung und unbeirrt von jedem fremden Einflusse — einzig von der Rücksicht auf die seiner Vertretung anvertrauten Interessen und auf die Wohlfahrt des Volkes und des Vaterlandes leiten zu lassen. Dieses Bewußtsein darf ich mit ruhigem Gewissen für mich in Anspruch nehmen — möge mir auch ihr Vertrauen nicht fehlen." (Lebhafter Beifall).

Politische Rundschau.

Laibach, 11. Oktober.

Zuland. Wie die „Wiener Abendpost“ erfährt, wird die hohe Pforte ihre Antwort auf die Friedensvorschläge der Mächte erst in einigen Tagen zur Kenntnis der letzteren bringen. Die Dispositionen der Regierung des Sultans Abdul Hamid seien versöhnlicher geworden, und so sei das Zustandekommen des Waffenstillstandes zu hoffen, bezüglich dessen die Mächte ihre Bemühungen in Konstantinopel energisch fortsetzen. Andererseits beginnt in den Blättern die Idee eines zur Regelung der schwebenden Fragen abzuhaltenden Congresses oder einer Conferenz wieder in den Vordergrund zu treten. In der publicistischen Erörterung dieses Vorschlages wird vielfach auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche einerseits mit der Aufstellung eines concreten Programms für die Conferenzberatungen, andererseits mit der Frage verbunden wären, ob die Türkei diesen Beratungen beigezogen werden sollte oder nicht. Uebereinstimmend wird übrigens versichert, daß der Vorschlag officiell noch von keiner Seite gestellt worden sei.

„Hon“ spricht sein tiefes Bedauern über die apathische Haltung West-Europas aus. Er beruft sich auf Congreves Aussprüche über die Mission der Türkei in Asien und drückt die Besorgnis aus, daß Ungarn isoliert bleibe. Wenn Ungarn 300 Jahre die Beute der türkischen Invasion war, weil West-Europa es im Stiche ließ, aber Ungarn die Civilisation dennoch wahrte, so möge es jetzt nicht als Opfer fallen. Europa solle ihm helfen, seine Civilisationsmission gegenüber einer anderen Invasion zu erfüllen. Nur insofern unser auswärtiges Amt West-Europa hiezu bewegen könne, entspreche es seiner Aufgabe.

Die „Pester Correspondenz“ meldet: „Der Zweck, welcher die österreichischen Minister hierher führte, ist erreicht. Die Textirung der den Ausgleich bildenden Gesegentwürfe ist genau festgestellt und an die Schlussredaction die letzte Hand angelegt worden.“

In Kroatien schreitet man zur Reform der Verwaltung, die alte Comitats-Institution soll beseitigt werden. Man will von dieser nichts als den Namen zur Bezeichnung der einzelnen größeren Verwaltungsgebiete, und auch dies nur als Concession an Ungarn beibehalten. Als weiterer Schritt auf betretener Bahn erscheint der neue Gesegentwurf über die Organisation der Gemeinden. Diesem zufolge sollen politische Gemeinden gebildet werden, die 1000 bis 6000 Einwohner und eventuell auch eine größere Anzahl kleiner Ortschaften umfassen und je ihren eigenen Ausschuß mit einem Gemeinderichter haben, der vom Vicegespan auf Grund eines Ternavor-schlages ernannt und regelmäßig besoldet wird. Durch diese Einrichtung würde der ohnehin bereits lose Comitatsverband eine weitere Lockerung erfahren.

Am 9. d. wurden die Landtagswahlen für Dalmatien ausgeschrieben.

In der am 9. d. in Agram stattgefundenen Landtagssitzung legte der Banus den Landesvoranschlag pro 1877 vor, welcher dem Budgetausschusse zugewiesen wurde.

Ausland. Die Diplomatie scheint, wie die „Deutsche Ztg.“ bemerkt, am Ende ihres Wirkens angelangt. Alle eingeweihten und theilhaftigen Kreise sind von der Ueberzeugung durchdrungen,

daß weder der Waffenstillstands-, noch der Conferenz-Vorschlag Aussicht habe, zur Ausführung zu gelangen. Rußland sucht eben überall Schwierigkeiten zu machen, natürlich zu keinem andern Zweck, als um Zeit für seine Kriegsvorbereitungen zu gewinnen.

Ueber die Orientfrage sagt die „Weser-Zeitung“: „Die Aufgabe der Diplomatie ist jetzt die: ein Zwangsverfahren zu erfinden, welches auf der einen Seite den Widerstand des Divans bricht, auf der andern Seite den Russen keine Gelegenheit verschafft, sich dauernd irgendwo in der Türkei niederzulassen. Ob ein russisches Armee-corps im Namen Rußlands oder im Namen Europa's sich in Rumelien festsetzt, ist nur für politische Kinder ein Unterschied. Die Schwierigkeit, es wieder wegzubringen, bleibt in beiden Fällen dieselbe.“

England hat, wie man dem „Daily Telegraph“ aus Therapia meldet, der Pforte mittheilen lassen, daß es im Falle der Ablehnung des Waffenstillstandsantrages nicht imstande sein werde, ihr irgend welchen weiteren diplomatischen Beistand angedeihen zu lassen, welches auch der Gang späterer Ereignisse sein dürfte.

Wie der „Temps“ versichert, befindet sich die Waffenstillstands-Frage in einem günstigen Stadium.

Reuters Agentur berichtet aus Belgrad: „Der Zwiespalt zwischen der liberalen Partei und der Militärpartei, welche sich namentlich aus Russen rekrutiert, ist auf dem Punkt angelangt, daß ein Ausbruch gefürchtet wird. Die Bewegung für die Proclamation des Königs nimmt immer mehr in den einzelnen Landestheilen zu. Man glaubt, der erste Sieg der Serben könne eine allgemeine Kundgebung für das Königthum herbeiführen. Es wird versichert, Ristić thue im geheimen neue Schritte bei den Vertretern der Mächte in Belgrad, damit diese Serbien zum Waffenstillstande nöthigen.“

Wie den Vertretern der Mächte mitgetheilt wurde, acceptiert die Pforte den status quo vor dem Kriege, sie beabsichtigt die Durchführung von Reformen für das ganze Reich, sie ist auch zum Abschluß eines Waffenstillstandes geneigt, wenn die Mächte sich über alle Friedensbedingungen geeinigt haben und entschlossen sind, zur Annahme derselben auch Serbien und Montenegro zu verhalten.

Zur Tagesgeschichte.

— Die Unterbringung der grazer Stadtanleihe nimmt nach Bericht der grazer „Tagespost“ einen erfreulichen Fortgang. Gegenwärtig ist schon die zweite Million beinahe gänzlich gegeben und wird demnächst die dritte und letzte Million zur Emission gelangen können.

— Reichsrathswahl. Bei der am 9. d. in Triest stattgefundenen Wahl eines Reichsrathsabgeordneten anstelle Porenta's, welcher sein Mandat niedergelegt hat, sind von 218 Wahlberechtigten 170 erschienen und erhielt der Candidat des Wahlcomitès des ersten Wahlkörpers, Dr. Paul v. Wittmann, 93, der Candidat des „Progresso“, Dr. Millanich, 75 Stimmen. Es erscheint also Dr. Paul v. Wittmann, Gubernialrath der k. k. Seebehörde, als gewählt.

— Vom Advocatentage. Am 9. d. fand in Prag die Hauptversammlung des österreichischen Advocatentages im Promotions-Saale des Carolinums statt. Dr. Baron Färdtl wurde mit Acclamation zum Präsidenten gewählt. Rector Cihlarz begrüßte den Advocatentag im Namen der Universität. Dr. Kratter (Lemberg) und Dr. Reising (Brünn) wurden zu Vicepräsidenten gewählt. Dr. Lederer (Prag) beantragt für den nächsten Advocatentag die Berathung über die Aufhebung des Legalisierungszwanges. Dr. Jacques (Wien) brachte einen Antrag bezüglich der Reform des Bürgerrechts ein. Sodann hielten die Abtheilungen Sitzungen.

Kokal- und Provinzial-Angelegenheiten.

— (Die Pferde-Classificierung im Stadtbezirke Raibach) beginnt morgen am Jahrmarktplatz in folgender Ordnung: 1. um 8 Uhr für die innere Stadt und die Kapuzinervorstadt; 2. um 9 Uhr für die

St. Peters- und Polanavorstadt; 3. um 10 Uhr für die Gradiska-, Kratau-, Tirnan-, Karsthäuservorstadt und Hühnerdorf; 4. um 11 Uhr für den Carolinengrund. Diese Stunden sind genau einzuhalten, damit keine Störung in der Reihenfolge und für den Besitzer selbst kein Zeitverlust eintrete. Ist die Vorführung eines Pferdes nicht möglich, so ist der Grund der Unterlassung rechtzeitig bei dem Magistrat oder bei der Commission nachzuweisen. Jeder Pferdebesitzer erhält übrigens noch rechtzeitig eine specielle Vorladung zu dieser Vorführung vom Magistrat. Säumige Pferdebesitzer unterliegen nach der magistratischen Kundmachung nicht bloß der im § 18 der Ministerialverordnung vom 1. August 1873 Nr. 36 angedrohten Strafe, sondern sie haben auch die Kosten einer allfälligen Nachtrags-Classification zu tragen.

— (Religionsunterricht.) Wie die „Raib. Btg.“ erfährt, hat die Ertheilung des katholischen Religionsunterrichtes an der hiesigen evangelischen Schule die letzte eine erfreuliche Regelung erfahren. Nachdem in früheren Zeiten der Schulvorstand sich vergeblich um eine geistliche Lehrkraft für diesen Unterricht bemüht hatte, wurde nun von dem fürstbischöflichen Ordinariate aus eigener Initiative der gegenwärtige Rector an den städtischen Schulen, Herr Johann Rosmann, auch für die evangelische Schule vorgeschlagen, und das evangelische Presbyterium hat, diesem Vorschlage folgebend, mit Herrn Rosmann bereits Einigung getroffen, so daß der Unterricht durch den Herrn Rector schon gestern beginnen konnte.

— (Zur Affaire in Josefsthal.) Die Grundbesitzersöhne Johann Vorschner und Johann Leber aus Studenc, welche vor kurzer Zeit die Familie des Obersten v. Mey gelegentlich eines Ausfluges nach Josefsthal mit Steinwürfen begrüßten, wurden vom hies. städt. delegierten Bezirksgerichte bei der gestrigen Hauptverhandlung je zur Aushebung einer dreiwöchentlichen einfachen Arreststrafe verurtheilt.

— (Neues Vergesetz.) Die vom Revier-Bergamte am 9. d. in Cilli einberufene Enquete über den Entwurf eines neuen Vergesetzes sprach sich für mehrere wichtige Aenderungen in demselben aus.

— (Petroleum-Schwindel.) Wir leben einmal in Zeiten, in welchen der Schwindel ständiger Jahresregent geworden! Schwindel ist das gangbare Thema, welches nicht nur in allen Ländern Europa's, auch bei uns, sondern in neuester Zeit auch in Amerika in den verschiedensten Gestalten variiert wird. Unsere gesammten Haushaltungen, namentlich jene minderbemittelte Gewerbs- und Gesellschaftskreise, sind durch die vor vier Wochen begonnene und tagtäglich fortgesetzte Steigerung der Petroleumpreise in große Aufregung versetzt. Diese nahezu bereits 100 Prozent betragende Preissteigerung muß bei Beginn der Herbst- und Winterjaison alle Haushaltungen höchst unangenehm berühren, die Petroleumfrage ist wahrlich eine brennende geworden. Wir vermeinen verpflichtet zu sein, über diese enorme Preissteigerung Aufklärung zu geben. Bekanntlich sind die Hauptbezugsquellen des Petroleums die sogenannten Oeldistricte Pennsylvaniens. Das Oel quillt dort in reichen Massen aus dem Bohrbrunnen und versorgt nahezu den Bedarf des Erdballes. Es gelangte bisher ein solches Uebermaß dieses Brennmaterials auf den Markt, daß der Preis äußerst niedrig angelegt werden mußte. Die Eigentümer der amerikanischen Petroleumquellen sind übereingekommen, ihre Oelvorräthe vom Markte zurückzuhalten, um dadurch eine Preissteigerung zu erzielen. Der Speculationschwindel hat auch die sehr ehrenwerthen Quellenbesitzer ergriffen. Wägen jedoch unsere Haushaltungen diese Preissteigerung in Ruhe ertragen. Die Petroleumquellen Amerika's fließen reichlich fort. Der den Charakter eines Verbrechens an sich tragende Petroleumschwindel, darin bestehend, daß das gewonnene Petroleum nur zur Hälfte in Fässer gebracht wird und die andere Hälfte ins Meer fließt, wird in Kürze der Zeit zu Grabe getragen werden. Der Muthwille, die Bosheit, der Frevel der Quellenbesitzer wird sich über kurz oder lang rächen. Das perthöse Motiv der Preissteigerung wird den Quelleneigenthümern keine goldenen Früchte tragen. Trösten wir uns, daß der Schwindel, wo er immer aufgetreten ist, in zwölfter Stunde nach Gebühr in seine natürlichen Grenzen gewiesen wurde. Vielleicht ist die in Amerika erfolgte immense Preissteigerung Anlaß, daß unsere einheimischen Petroleumquellen in Galizien in Einkunft besser bewirthschaftet

und productiver gemacht werden, als bisher. Auch Hannover, welches Petroleumquellen besitzt, wird zur thätigen Arbeit schreiten können, damit dem Schwindel über dem großen Ozean das Handwerk gelegt werde. Möge die österreichische geologische Reichsanstalt der Petroleumfrage eine aufmerksame Stunde widmen; vielleicht gelingt es, daß wir die Deckung des Petroleumbedarfes in Oesterreich nicht jenseits des großen Ozeans, sondern in den Provinzen Oesterreichs finden. Mögen sich unsere Haushaltungen schließlich mit der Hoffnung trösten, daß der in Amerika zutage getretene Schwindel im Petroleumhandel behufs Erzeugung höherer Preise über Nacht zusammenbrechen und das Petroleum wieder seinen gewöhnlichen, natürlichen, preisentsprechenden Lauf nach Europa nehmen wird. Die Tage des Schwindels, möge er wo immer sein Unwesen getrieben haben, sind gezählt. Die Nemesis schläft wol zeitweise, aber sie ist nicht todt! Deshalb Bedacht!

— (Landschaftliches Theater.) Die moderne Zeit liebt es, den Ereignissen auf der großen politischen Weltbühne, wie den Vorgängen auf der dramatischen Bühne den Sensationsstempel aufzudrücken. Wenn je ein Bühnenwerk die Bezeichnung „Sensationsstück“ verdient, so ist es das uns gestern vorgestellte Zeitgemälde (?) „Am Altar.“ Herr Siebenhoff fand Muße, eine in der „Gartenlaube“ erschienene Erzählung von E. Werner dramatisch zu bearbeiten. Das Sujet bringt eigentlich nichts schlechterdings neues. Der natürliche Sohn eines der blaublütigen Gesellschaft angehörigen Staatsmannes wird in einem Mönchskloster abichtlich für das Kloster erzogen. Dem Jüngling wird zwangsweise das Mönchskleid angezogen, unter der schwarzen Kutte jedoch schlägt ein Herz für Freiheit und Liebe; der junge, heißblütige Mönch fühlt die ihm aufgedrungenen Last des Klosterlebens mehr und mehr, in seiner Brust erwachen Gefühle, die in den geweihten und engen Räumen einer Klosterzelle weder Eingang noch Befriedigung finden sollen; es erwacht im Innern des dem Klosterleben zwangsweise geweihten jungen Mannes ein fürchterlicher Kampf zwischen Pflicht- und Freiheitsgefühl, letzteres bleibt Sieger, der Mönch wirft die Kutte ab und schreitet mit seiner Jugendliebe zum — Altare. Dieses einfache Sujet empfängt bei der dramatischen Bearbeitung eine Form, welcher der Charakter eines Zeitgemäldes nicht beizumessen sein und das religiöse Gefühl gar zu arg verletzen dürfte. Wir sind in der Lage mit Thatfachen zu rechnen; wir kennen die Schwarzen und ihre Bereitwilligkeit, zur Ehre Gottes und der Kirche sogar Verbrechen zu sanctionieren und hievon Absolution zu ertheilen; aber es heißt denn doch den Sensationschwindel zu weit treiben, wenn Abt und Prior eines Mönchsklosters einen Ordensbruder wegen einer einzigen freisinnigen Predigt dem Tode weihen, d. h. einen gemeinen Todtschlag begehen. Der Sensationschwindel erreicht im vierten Acte, wo Prior und Abt vor dem Altare während der Verrichtung einer kirchlichen Function von dem der Todesgefahr durch Zufall entkommenen Mönche Benedict des Nordes angeklagt werden, seinen Höhepunkt. Die Weltgeschichte zählt uns Facta auf, daß auch gesalbte und im Purpur glänzende Diener des Herrn dem Meuchel-morde nicht immer ferne standen, aber die erkaufte Baxe, der erzielte Gewinn mußte preiswürdig gewesen sein. Wir wissen wohl, daß die tonsurirten Häupter keine Freunde freisinniger, kirchenfeindlicher Reden sind, aber mit Mordthaten bestrafen sie ein freies Wort bekanntermaßen denn doch nicht. — Herr Siebenhoff hat bei Bearbeitung des gleichnamigen Romanes weit über das Ziel geschossen, hat den ersten Act übermäßig in die Länge gezogen, der Langweile die Pforten geöffnet, dagegen den Schluß zu schnell abgewickelt; er hat in dem Artikel „Sensation“ das non plus ultra geleistet. — Die Aufführung dieser Novität war eine befriedigende. Herr Director Frißsche legte als „Mönch Vater Benedict“ glänzendes Zeugnis ab über seine Künstlerkraft. Gestern nahmen wir in jeder Scene, in welcher „B. Benedict“ antrat, Licht und Schatten, unendliches Gefühl, gepaart mit männlicher Würde, wahr. Das gut besuchte Haus lohnte die künstlerische Leistung mit oftmaligen Hervorrufen. Auch Herr Laska ersaß für die vorzügliche Darstellung der Rolle des gleichnamigen, teuflischen „Priors Lorenz“ die Auszeichnung des Hervorrufes. Fräulein Arensdorf spielte die kindliche, vom Thau der ersten Liebe begrüßte „Lucie“ recht gut. Herr Lessial war ein sehr gemüthlicher würdiger „Pfarrer Clemens“. Die Herren Unger (Stiftsabt), Ströhl (Graf Rhanel) und Nie-

ger (Bernhard Günther) führten ihre Rollen wahrhaft aus. Die Aufmerksamkeit des Publikums concentrirte sich in erster Linie auf Herrn Director Frizsche's meisterhafte Darstellung.

Witterung.

Laibach, 11. October.

Nachts bewölkt, Morgenroth, dann heiter, schwacher SW. Wärme morgens 7 Uhr + 10.8, nachmittags 2 Uhr + 21.4° C. (1875 + 13.0, 1874 + 15.1 C.) Barometer im Fallen, 734.62 mm. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 14.3°, um 2.0° über dem Normale.

Angelkommene Fremde

am 11. October.

Hotel Stadt Wien. v. Gozani, Bezirkscommissär, Laibach. — Delpin, Bezirksrichter, Littai. — Holzberger, Lehrer, Klagenfurt. — Heller, Kfm., Raab. — Schweiger, Wirt, Reisende; Rotansky, Paulini und Süß, Kiste, Wien. — Mathes, Salzburg. — Himmel, Priester, Graz.
Hotel Elefant. Müller Maria, Augsburg. — Kogej, Gutmacher, Idria. — Lehmann Emilie, Wien. — Gams, Krainin.
Hotel Europa. Ponzen, Privat, sammt Frau, Wien. — Fattari, Reis., Padua. — Bratonik, Sonca. — Acker, Beamter, Windisch-Feistritz. — Se. Excellenz Baron von Magdeburg, I. I. Feldmarschall-Lieutenant, Graz.
Palaischer Hof. Ritter v. Scarpa mit Gemalin, Fiume. — Aurora, Jurist, Oberfrain.
Stadt Laibach. Parter, Hausierer, Wien. — Franchi, Stalien.
Sternwarte. Kapelnik mit Frau, Krain. — Fabianik, Loitsch.
Kobren. Brezovar, Privat, Stein. — Felsenstein, Beamter, Littai. — Lupetina, Beamter, und Dorn, Priester, Istrien.
Kaiser von Oesterreich. Glasner, Sagor. — Drabel mit Familie, Freudenthal. — Markovic, Maschinist, Pola.

Verstorbene.

Den 10. October. Maria Novak, Inwohnerin, 66 J., Civilspital, Lungenentzündung. — Karoline Böhl, Privatenskind, 4 Tage, Cotesiagasse Nr. 8 neu, Lebensschwäche.

Gedenktafel

über die am 13. October 1876 stattfindenden Recitationen.

3. Feilb., Bari'sche Real., Schöpfenberg, BG. Tschernembl. — Reaff. 2. Feilb., Wölzofar'sche Real., Ordb. Altenegg, BG. Laas. — 2. Feilb., Krasonc'sche Real., Studenc, BG. Laas. — 2. Feilb., Anselc'sche Real., Glina, BG. Laas. — 2. Feilb., Strazisar'sche Real., Gruskarje, BG. Laas. — 3. Feilb., Turf'sche Real., Seio bei Hafenberg, BG. Rudolfswörth. — 1. Feilb., Vogelnil'sche Real., Steinbichl, BG. Radmannsdorf. — 1. Feilb., Horvat'sche Real., Beretensdorf, BG. Wötting. — 1. Feilb., Simonik'sche Real., Drasik, BG. Wötting. — 1. Feilb., Golobik'sche Real., Kal, BG. Wötting. — 1. Feilb., Krasonc'sche Real., Drasik, BG. Wötting. — 1. Feilb., Vencel'sche Real., Zanchen, BG. Egg. — 1. Feilb., Jedsevar'sche Real., Rajevde, BG. Egg. — Reaff. 3. Feilb., Zerak'sche Real., Dousto, BG. Egg. — 1. Feilb., Kade Berlini'sche Real., Bojance, BG. Tschernembl. — 1. Feilb., Zovo Berlini'sche Real., Bojance, BG. Tschernembl. — 1. Feilb., Medved'sche Real., Nejobas, BG. Tschernembl. — 1. Feilb., Kolesa'sche Real., Tschernembl, BG. Tschernembl. — 1. Feilb., Johann Primozic'sche Real., Spibnik, BG. Tschernembl. — 1. Feilb., Kober'sche Real., Schöpfentag, BG. Tschernembl.

Lottoziehung vom 7. October.

Triest: 22 19 78 35 9.

Theater.

Seite: Auf allgemeines Verlangen — Ultimo o. Sensationslustspiel in 5 Acten von G. v. Moser.

Telegramm.

Konstantinopel, 10. October. Ein außerordentlicher Rath beschloß heute die Gewährung eines sechsmonatlichen Waffenstillstandes bis Ende März l. J. Dieser Beschluß wird mit seinen Bedingungen durch ein Rundschreiben morgen den Mächten notifiziert. Die Pforte wird jetzt die Ausführung neuer Reformen beschleunigen. — Der ehemalige Staatsrathspräsident Kamil Pascha ist gestorben.

Telegraphischer Kursbericht

am 11. October.

Papier-Rente 65.40 — Silber-Rente 68.50 — 1866er Staats-Anleihen 111. — Bankactien 854. — Credit 154.20 — London 122.25. — Silber 102.30. — R. I. Münzdukaten 5.82. — 20-Francs Stücke 9.77 1/2. — 100 Reichsmark 60.10.

Wiener Börse vom 10. October.

Staatsfonds.		Pfundbriefe.	
Gelb	Blau	Gelb	Blau
5perc. Rente, 3/4. Pap. bto. bto. in Silber.	65.45 65.55	Kgl. öst. Bob.-Credit bto. in 33 J.	106.60 106.60
Loose von 1854.	106.00 106.50	Ration. ö. B. bto. in 33 J.	97.80 97.80
Loose von 1860, ganz.	111.25 111.50	Kgl. öst. Bob.-Creditanst. bto. in 33 J.	96.00 96.25
Loose von 1860, Fünft. Prämienf. v. 1864.	116.50 117.00		
	181.25 181.75		
Grundent.-Obl.		Prioritäts-Obl.	
Siebenbürg.	73.00 73.50	Kranz Josephs-Bahn	91.00 91.50
Ungarn	72.75 73.25	Def. Nordwestbahn	88.00 88.25
		Siebenbürger	60.50 60.75
		Staatsbahn	154.60 155.00
		Südbahn à 5 Perc. bto. Bons	94.65 94.90
Actien.		Loose.	
Anglo-Bank	82.80 82.90	Credit - Loose	158.75 159.25
Creditanstalt	152.60 152.70	Rubolfs - Loose	13.00 13.50
Devisenbank	640.00 650.00		
Escompte-Anstalt	640.00 650.00	Wechs. (3Mon.)	
Frango-Bank	851.00 853.00	Augsburg 100 Mark	59.70 59.85
Dankesbank	851.00 853.00	Kranz. 100 Mark	59.70 59.85
Nationalbank	851.00 853.00	Hamburg	59.70 59.85
Cest. Bankgesellschaft	851.00 853.00	London 10 Pf. Sterl.	122.75 123.10
Union-Bank	58.50 59.00	Paris 100 Francs	48.70 48.80
Berlebsbank	84.00 84.50		
Wißlb.-Bahn	101.50 102.00	Münzen.	
Rail Ludwigsbahn	205.00 209.25	Rail. Münz-Ducaten	5.85 5.87
Rail. öst.-Bahn	143.00 143.50	20-Francs-Stück	9.83 9.84
Rail. Fr. Josephsb.	130.00 130.50	Deutsche Reichsbank	60.40 60.50
Staatsbahn	286.50 281.00	Silber	102.40 102.60
Südbahn	78.75 79.25		

Einladung

zur

Monatsversammlung des Musealvereins

am Samstag den 14. October um 5 Uhr abends.

Tagesordnung:

Bericht des Musealcustos Karl Deschmann über die Erfolge der bisherigen Aufdeckungen der laibacher Pfahlbauten.

Laibach, 11. October 1876.

Von der Geschäftsleitung.



Gefertigter beehrt sich dem p. t. Publikum anzuzeigen, daß er das vom Herrn Paul Polegeg innegehabte Geschäft in der Pilschgasse (ehemals Frochplatz) übernommen hat und bittet um geneigten Zuspruch. (559) 2-1

Edmund L. Polegeg.

Zahnarzt Dr. Tanzer

aus Graz (561) 2-1

ordiniert täglich von 8 Uhr früh bis 5 Uhr abends in

Laibach, „Hotel Elefant“

Zimmer Nr. 35 & 36, II. Stock ober dem Hauptthor.

Die p. t. Mitglieder der

philharmonischen Gesellschaft

werden zu der am 29. October l. J. um 10 Uhr vor-mittags im Rathhause saale stattfindenden

Plenarversammlung

höflichst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Geschäftsberichtes für das abgelaufene Vereinsjahr.
2. Vorlage des Revisionsbefundes über die Jahresrechnung pro 1874-1875.
3. Legung der Jahresrechnung pro 1875-1876.
4. Beschlußfassung über den Directionsantrag, betreffend die Erhöhung des Unterrichtsgeldes.
5. Beschlußfassung über den Directionsantrag auf definitive Anstellung einer Gesangslehrerin.
6. Vorlage des Rechnungspräliminares für das Vereinsjahr 1876-1877.
7. Neuwahl des Directors und der Directionsmitglieder.
8. Allfällige Anträge mit Hinweisung auf § 24 der Statuten.

Laibach am 10. October 1876. (560) 3-1

Die Direction der philh. Gesellschaft.

Mad. Charlotte

aus Triest, Börseplatz Nr. 9,

kommt am 24. October mit einer großen Auswahl

Damen-, Mädchen- und Kinderhüte

von 4 fl. aufwärts, ferner Hauben, Chemisets, Seldenhaltstücher für Herren und dem berühmten Damenpoudre Imperatrice: (557) 2-2

Hotel zur „Stadt Wien“, I. Stock.

Aufenthalt nur 8 Tage wegen weiterer Rundreise.

Zum zahlreichen Zuspruch ladet mit Hochachtung ein

Madame Charlotte.

Glycerin-Crème

vorzüglich wirksam bei aufgesprungenen Lippen und Schreunden an den Händen.

1 Flacon 30 fr. (85) 10-7

Nur bei Gabriel Piccoli,

Apotheker, Wienerstraße, Laibach.

Siebente regelmäßige

General-Versammlung

der

krainischen Industriegesellschaft

in Laibach

am 31. October 1876 um 4 Uhr nachmittags im Directionsbureau der Gesellschaft.

Tagesordnung:

- a) Bericht über die Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres.
- b) Bericht des Revisionsausschusses.

Die Herren Actionäre, welche ihr Stimmrecht auszuüben beabsichtigen, werden im Sinne des § 10 der Statuten ersucht, ihre Actien bis 28. October a. c. bei der Gesellschaftskasse zu deponieren und die Legitimations-Karten dafelbst zu begeben. (541) 3-3

Der Obmann des Verwaltungsrathes.